

JÜRGEN RÜLAND, *Politische Systeme in Südostasien. Eine Einführung*. (Geschichte und Staat, 313). Landsberg am Lech: Günter Olzog Verlag, 1998, 315 Seiten, DM 24,80. ISBN 3-7892-8810-1

Südostasienwissenschaftler stehen regelmäßig vor dem Problem, in einem sich rasant verändernden Umfeld bei zehn zu untersuchenden Akteuren des ASEAN-Raumes nicht den Überblick zu verlieren. Es wundert daher kaum, daß es bisher nur wenige Experten wagten, eine Analyse sämtlicher politischer Systeme Südostasiens aus vergleichender Perspektive durchzuführen. Jürgen Rüländ hat sich dieser Herausforderung gestellt. Er legt eine souveräne Untersuchung vor, in deren Mittelpunkt die Verfassungen und Grundzüge der südostasiatischen Regierungssysteme stehen. Dieser Kern des Buches ist eingebettet in weiterführende Ausgangs- und Abschlußüberlegungen. Dabei wirft der Verfasser vor allem die Frage auf, wie wandelbar die existierenden politischen Systeme sind. Ersichtlich wird, daß ihre mangelnde Modernisierung eine wesentliche Ursache der Asienkrise ist.

Im ersten Teil des Buches zeigt Rüländ die argumentativen Schwachstellen der asiatischen Protagonisten der Debatte der *Asian values* auf. So werden etwa der These, Asiaten würden Macht, Autorität und Hierarchien überdurchschnittlich positiv gegenüberstehen, die Konsequenzen einer fortschreitenden Kapitalisierung beinahe aller Gesellschaftsbereiche entgegengehalten. Das Individuum sehe sich dadurch einem ökonomischen Überlebenskampf ausgesetzt. „Vermehrte und offene Konfrontation und der damit verbundene Wertewandel sind zwangsläufige Begleiterscheinungen dieser sozio-ökonomischen Veränderungen.“ Pure soziale Harmonie und die ausschließliche Anwendung von Konsensverfahren zur Lösung gesellschaftlicher Differenzen, ein weiteres Credo der asiatischen Wertevertreter, seien unter diesen Bedingungen kaum umfassend zu verwirklichen. Schließlich könne mit einem Verweis auf asiatische Werte nicht erklärt werden, warum Taiwan, Südkorea, die Philippinen, Thailand, Indien und Sri Lanka politisch relativ offene Systeme hervorgebracht haben. Es reiche deshalb nicht aus, mit der ebenso simplen wie gehaltlosen Formel „Asien ist anders“ zu argumentieren. „Vieles spricht dafür, daß die asiatischen Werte ein Mythos sind – eine ideologische Mehrzweckwaffe in den Händen von Eliten, mit denen sie inneren und äußeren, politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Herausforderungen zu begegnen suchen.“ Der Schluß liege folglich nahe, daß asiatisches Werteverständnis und liberale Demokratie nicht zwingend inkompatibel seien.

Rüländ spricht sich im folgenden gegen eine einseitige Anwendung der Modernisierungstheorie aus. Sie leitet politische Veränderungen kausal aus dem Zusammenspiel von ökonomischer Prosperität und autoritären Herrschaftsstrukturen, die evolutionär zur Herausbildung von Mittelschichten und demokratischem Druck führen würden, ab. An dieser Theorie bestünden berechtigte Zweifel, da sie u.a. nicht erklären könne, warum das hohe Entwicklungsniveau Singapurs nicht zu einer verstärkten Demokratisierung des Stadtstaates geführt habe. Weitere Einwände beziehen sich auf Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit, Zweifel am Mittelklassetheorem und kulturelle Phänomene. Der Verfasser kommt im Rahmen seiner Vorüberlegungen zu dem Schluß, daß keine der diskutierten Theorien umfassend die Lage aller Akteure der Region, die sich in ganz unterschiedlichen Entwicklungsstadien befänden, erklären könne.

Wie heterogen die politische Landschaft Südasiens ist, zeigt der Hauptteil dieses Werkes. Rüländ untersucht zunächst die unterschiedlichen Verfassungen der Akteure, nimmt eine verfassungsrechtliche Typisierung vor und widmet dem Abschnitt zu den Grundrechten besonderen Raum. Dabei werden die Unterschiede zwischen Verfassungsnormen und Verfassungsrealitäten in Südostasien deutlich. Die sich anschließende Darstellung der regionalen Regierungssysteme konzentriert sich auf folgende Faktoren: Exekutive (Staatsoberhaupt, Regierungschef, Kabinett, Bürokratie, Militär), Legislative, Justiz, Föderalismus, Dezentralisierung und lokale Gebietskörperschaften. Insbesondere die Ausführungen zu den mangelnden rechtsstaatlichen Verhältnissen in Südostasien offenbaren, daß die große Mehrheit der Akteure noch weit entfernt von wirklich funktionierenden und effektiver Gewaltenteilung unterworfenen politischen Systemen sein dürfte. Der Autor faßt das vorherrschende Rechtsverständnis prägnant zusammen: „Recht dient weniger dem Schutz des Individuums vor staatlichen Übergriffen, es ist vielmehr ein Instrument in den Händen des Staates, seinen Willen in der Gesellschaft durchzusetzen.“ Hier könne es nur dann zu einer Trendwende kommen, wenn im rechtsstaatlichen Raum Reformen erfolgten, die über den bisherigen Umfang von *good governance* hinausgingen. Dies hieße, Rechtsstaatlichkeit nicht nur zur Absicherung eines für Ausländer günstigen und politisch stabilen Investitionsklimas auszudehnen.

Der letzte Teil der Studie ist der Frage gewidmet, ob in Südostasien von der Entstehung zivilgesellschaftlicher Strukturen gesprochen werden kann. Denn als Voraussetzung für eine demokratische Ordnung stelle die Zivilgesellschaft „das institutionelle und soziale Kapital bereit, auf dessen Grundlage gesellschaftliche Interessen artikuliert, sortiert, gebündelt und kanalisiert werden können.“ Rüländ analysiert sodann politische Rahmenbedingungen und soziale Trägerschaft sowie die Akteure der Zivilgesellschaft (Parteien, Verbände, Vereinigungen, NGOs, Medien, *think tanks*). Es könne bei dieser Betrachtung ohne Zweifel festgestellt werden, daß sich im Vergleich zu vergangenen Jahrzehnten insgesamt offenere Gesellschaften entwickelt hätten. Heute würden z.B. auf den Philippinen und in Thailand NGOs in staatliche Entscheidungsprozesse eingebunden; das Internet weise den Weg in ein neues Zeitalter der Informationsfreiheit; *think tanks* böten Gelegenheit für einen freieren Gedankenaustausch. Fraglich sei dabei aber stets, wie tiefgehend derartige Entwicklungen die existierenden politischen Systeme beeinflussten. Häufig behindere die Exekutive liberale Institutionen, die zudem, wie etwa zahlreiche NGOs, klassische Träger einer möglichen Zivilgesellschaft, „nicht unbedingt eine parlamentarische Demokratie erstreben. Zum Teil sind ihre Entwicklungsvorstellungen sogar von dezidiert antiwestlichen, antikapitalistischen und antimaterialistischen Orientierungen geprägt.“ Das größte Hindernis auf dem Weg zur Zivilgesellschaft würden aber die Folgen einer langjährigen Bevormundung der Bürger sein. Sie sei Ergebnis einer „in vielen politischen Systemen Südasiens von den herrschenden Eliten praktizierten Entpolitisierungsstrategie“. Überdies warnt Rüländ davor, die Rolle der Mittelschichten als Träger politischer Veränderungen zu überschätzen.

Der Verfasser stellt abschließend fest, daß die politische Entwicklung in Südostasien äußerst vielschichtig bleibe. Die politischen Systeme der Region würden „auch in Zukunft auf dem gesamten Kontinuum zwischen Autoritarismus und liberaler Demokratie zu finden sein. Umkehrbewegungen und Sackgassen der politischen Ent-

wicklung werden Bestandteil dieses Szenarios sein.“ Zwar hätten Ereignisse wie das Ende des Ost-West-Konfliktes oder die Befriedung diverser Sezessionsbewegungen die Rahmenbedingungen für politischen Wandel verbessert. „Doch auch dort, wo genuine Öffnungsprozesse einsetzen oder die Demokratie sich konsolidiert, wird kein Ebenbild von Westminster reproduziert.“

Rülands Untersuchung bietet dem an Südostasien Interessierten eine exzellente und äußerst faktenreiche Aufarbeitung grundlegender Systemstrukturen und aktueller Entwicklungen innerhalb der politischen Systeme der Region. Dabei räumt der Verfasser mit monokausalen Deutungsmustern auf, die viel zu oft in einer Debatte unreflektierter Schlagwörter zur Erklärung der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum herangezogen werden. Wer sich zudem mit den Konsequenzen der ökonomischen Turbulenzen im Fernen Osten für den inneren Zustand der regionalen Akteure beschäftigt, wird bei Rüland eine Fülle von Anregungen finden.

Martin Wagener

MICHAEL HILL / LIAN KWEN FEE, *The Politics of Nation Building and Citizenship in Singapore*. (Politics in Asia Series). London/New York: Routledge, 1995. X, 285 pages, £ 14.99 (Pb), ISBN 0-415-12025-X. £ 45.00 (Hb); ISBN 0-415-10052-6

Without any doubt this is a highly interesting and important book. It is based on a wide corpus of literature including many theoretical publications. However, it is not a book on citizenship but rather one on the politics of nation building and social integration within a developmental state. If citizenship – at least in a European tradition – means discussing the legal status of citizens in the framework of basic rights, then this issue is largely missing in this volume. This book is based more on sociological and political argumentation. Within this scope the authors have written a book which traces the development of the city-state since independence. Divided into nine chapters, each one focussing on the issue of nation building, the book presents an analysis of the most important sectors of Singaporean society. The first chapter recapitulates different theoretical approaches to citizenship and its relationship with state and nation. It is made clear that an inclusive concept of membership in an ethnically and socially non-homogeneous society presupposes the de-politicising of ethnical and social fractions. It is also shown that in Singapore citizenship is viewed rather as a communitarian concept than as one based on individual rights. Otherwise the cohesion of Singapore society might become questioned. Therefore the state has to become meaningful for its citizens.

These considerations are followed by discussions on the multiethnic origins of Singaporean society, on language and education policies and on ethnic relations. In the Singaporean case it seems plausible that the basis of the corporative state can be understood as a business transaction: Absolute loyalty of the citizens exchanged for competent management of the state as moral guardian (107). In this process group-interests are channelled by the state.

The following chapter deals with housing policy which is very important in the city-state, especially in terms of nation building. It can be seen that house-owner-